

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 34 (1993)
Heft: 15

Artikel: Regionalisierung = Zerfall Russlands?
Autor: Popow, Arkadij
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1092752>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Der russische Politologe Arkadij Popow zur jüngsten Entwicklung

Regionalisierung = Zerfall Russlands?

Der russische Politologe Arkadij Popow analysiert im folgenden die Autonomietendenzen, deren Voraussetzungen, Folgen und Aussichten in den Regionen seines Landes. Popow ist Leiter der Analytisch-ethnologischen Forschungszentrum der Aussenpolitischen Assoziation in Moskau.

Der «bevorstehende Zerfall Russlands» gehört zu den gängigsten Themen im Arsenal der heutigen sogenannten patriotischen Opposition und der ihr nahestehenden Gruppierungen. Mit einer unvermeidlichen «Spaltung der Gesellschaft» und dem «Auseinanderbrechen der Föderation» jagten uns an beiden ausserordentlichen Märzkongressen der Volksdeputierten deren Führer, allen voran Chasbulatow, Angst ein, im Bestreben, das Referendum — die Vertrauensabstimmung für sich und den Präsidenten — zu verhindern.

Das Schlimmste schon hinter sich?

Nach dem Referendum hat Vizepräsident Rumjanzew dieses Thema neu aufgegriffen und weiterentwickelt bis zu direkten Vorwürfen an Jelzin und seine Regierung, sie würden die Integrität Russlands zielgerichtet untergraben. An den Meetings der «Rot-Braunen» haben derartige Anschuldigungen selbstredend auch schon seit einiger Zeit einen Ehrenplatz, fast gar gleichberechtigt neben ihren üblichen Verwünschungen und ih-

rem Gejammer über den «Zerfall der Union».

Dabei hat wohl jeder, der die Veränderungen in der Stimmung unter der russischen Bevölkerung aufmerksam verfolgt, bereits bemerkt, dass die letztjährigen Ängste, die apokalyptische Erwartung dessen, die Russische Föderation werde demnächst dem Schicksal der Sowjetunion folgen und sei schon am Auseinanderbrechen, eben in jüngster Zeit abgenommen haben. Während Politiker und Publizisten weiter fechten und rhetorische Fragen um «Sein oder Nichtsein des einen Russland» aufwerfen, festigt sich unter der Bevölkerung, die der politisch-patriotischen Exaltation fernsteht, das Gefühl, man habe diesbezüglich das Schlimmste hinter sich. Alles, was sich von Moskau ablösen wollte und konnte, hat sich schon abgetrennt. Die mit «Der Zusammenbruch des Imperiums» überschriebene Seite der Geschichte ist umgeblättert, und es beginnt ein neues, ganz anderes Kapitel.

Der Entwicklung ihren Lauf gelassen

Den Anfang dieses neuen Kapitels in der Geschichte Russlands kann man mit dem Frühling 1992 datieren, als der Föderationsvertrag unterzeichnet wurde, der den Gebieten (Oblasti), Nationalen Bezirken und Republiken den Status von Föderationssubjekten zuerkannte. Nur zwei Regionen, die Tschetscheni-

Die apokalyptische Erwartung, dass die Russische Föderation demnächst dem Schicksal der Sowjetunion folgen werde, hat in jüngster Zeit abgenommen.

Ob diese Haltung die Folge von Weisheit oder von Schwäche war, tut nichts zur Sache. Wichtig ist das Ergebnis.

sche und die Tatarische Republik, die sich bereits zu «unabhängigen Staaten und Subjekten des internationalen Rechts» erklärt hatten, verweigerten den Beitritt zu jenem Vertrag.

Dieser Tatbestand hat den Behörden Russlands in all den Monaten seither natürlich ständige Kopfschmerzen bereitet, da sie vor einem schwierigen Dilemma stehen: entweder sich damit abzufinden, diese Wirklichkeit anzuerkennen und damit einen echt gefährlichen Präzedenzfall in der Geschichte des neuen Russland zu schaffen, oder aber in ihren Besitzungen gewaltsam die Ordnung wiederherzustellen, ganz im Geist und in den Traditionen aller früheren Moskauer Herrscher.

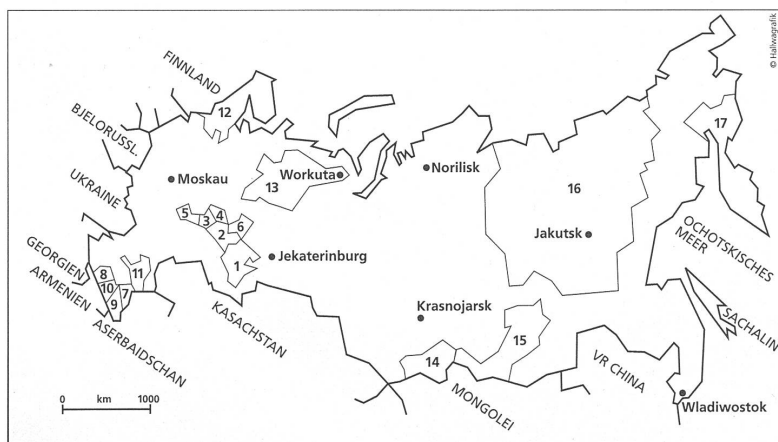
Gewählt wurde nun aber ein dritter Weg, der einzig richtige: die Auflehnung der extremen «National-Souveränitätler» zu ignorieren und so zu tun, als sei überhaupt nichts Besonderes geschehen und als bestehe keine Ursache zur Beunruhigung. Ob diese Haltung die Folge von Weisheit oder von Schwäche war, tut hier nichts zur Sache. Wichtig ist das Ergebnis: Ohne direkten gewaltsamen Druck von Seiten des «Zentrums» (das übrigens die Budgets seiner «unabhängigen Staaten» weiter dotiert, als sei nichts geschehen) geht dem Drang zur Souveränität in diesen sich selbst überlassenen «Staaten» langsam die Luft aus.

Gemässigte gewinnen Oberhand

In Tatarstan ist eine relativ ruhige Ernüchterung der Gesellschaft eingetreten, und die Nationalradikalen werden an den Rand des politischen Lebens verdrängt, welches der gewiegte Präsident Schaimijew beherrscht. In Tschetschenien ist es zur eskalierenden Auseinandersetzung zwischen dem fanatisch-sturen Ultrapatrioten Dudajew und der pragmatischeren, gegenüber Moskau friedlicher gestimmten parlamentarisch-wirtschaftlichen Opposition gekommen.

Dieser Konflikt in Tschetschenien ist zwar noch voll im Gang, doch dürften die Tage Präsident Dudajews, der total bankrott ist und im politischen Abseits

Fortsetzung Seite 4



Die russischen Autonomen Republiken (AR): (1) Baschkirische, (2) Tatarische, (3) Tschuwaschische, (4) Mari, (5) Mordwinische, (6) Udmurtische, (7) Daghestanische, (8) Nord-Ossetische, (9) Tschetscheno-Inguschische, (10) Kabardino-Balkarische, (11) Kalmückische, (12) Karelische, (13) Komi, (14) Tuwinische, (15) Burjatische, (16) Jakutische, (17) Korjatische.

steht — zu Hause wie in der gesamten Kaukasusregion, die seinen antirussischen Kurs nicht unterstützte —, wohl gezählt sein. Dies aber bedeutet, dass die Verhandlungen, welche die Opposition bereits mit Moskau aufgenommen hat, weitergehen und dass zweifellos ein Kompromissstatus für die aufrührerische Republik gefunden werden kann, bei dem der Nationalstolz gewahrt bleibt und doch der politischen Realität Genüge getan wird.

Sonderstatus für Regionen?

Etwas wie der Status eines «frei angegeschlossenem Staates» oder «assoziierten Mitglieds» — am passenden Ausdruck wird es gewiss nicht fehlen. In den russisch-tatarischen Beziehungen hat ein entsprechendes Vorgehen bereits erste Früchte gezeitigt: Nach einigen gesichtswahrenden Rückzugsgefechten haben sich Schaimijew und sein Team bereit erklärt, an dem von Jelzin angebahnten Prozess der Erarbeitung einer neuen Verfassung Russlands mitzumachen. Das wird kein leichter Prozess sein, aber das Eis ist am Brechen.

Wie genau die Rückkehr des verlorenen Sohnes formell zu feiern sein wird, ob sich Kasan dem gemeinsamen Föderationsvertrag anschliesst, oder ob man mit ihm ein gesondertes bilaterales Abkommen unterzeichnen muss, ist dann zweitrangig. Wenn sogar die USA mit ihrer verhältnismässig kurzen Geschichte zu den 50 «gewöhnlichen» Staaten ein «frei assoziiertes» Puerto Rico aufnehmen könnten, dann um so mehr Russland mit seinem weitaus bewegteren geschichtlichen Los! Weshalb sollten etwa die zwei «alten Bekannten», das russische und das tatarische Volk — ebenso wie übrigens das russische und das baschkirische, das tschetschenische Volk — nicht in aller Öffentlichkeit ihre «besonderen Beziehungen» festschreiben?

Es kann natürlich ohne weiteres geschehen, dass dann auch andere Republiken und sogar «rein russische» Regionen den Wunsch nach «besonderen Beziehungen» mit Moskau anmelden. Einige solche Regionen, etwa das Gebiet von Wologda, haben sich ja bereits als Republiken ausgerufen. In einem Land, wo das gesamte politische Leben jahrzehnte- und sogar jahrhundertlang nach dem Hierarchieprinzip geordnet war und ein bestimmter national-territorialer Status stets ein gewisses Mass der Beteiligung einer örtlichen Führung am Machtssystem und an den damit verbundenen Privilegien bedeutete, — in so einem Land kann man schwerlich erwarten, Null Komma plötzlich würden alle die einfache Wahrheit begreifen, dass zusätzliche Rechte für ein Territorium gar nicht automatisch zusätzliche Seg-

nungen für dessen Bevölkerung mit sich bringen.

Selbstbestimmung auch mit Nachteilen verbunden

Die Epoche, da ausnahmslos alles — Geld, Waren, das ideologische Schema und die Bewilligung zum Bau von Schulen und Spitälern — aus dem Zentrum kam, ist unwiederbringlich vorbei. Der heutige russische Staat hat bereits nicht mehr die Vollmacht, über den Komfort im Alltagsleben seiner Bürger, geschweige denn über deren Leben und Tod zu bestimmen. Was kann unter diesen Umständen ein gegenüber den «gewöhnlichen» Gebieten höherer Status der «souveränen Republik» bedeuten?

Man weiss, was es bedeuten kann: geringeren Schutz der Einwohnerschaft dieser Republiken gegen mögliche Willkür der lokalen Führer, die in den meisten Fällen einfach von den Parteisesseln auf «Parlaments-» oder «Präsidenten-» Sessel hinübergewechselt haben und ein handfestes Interesse daran haben, sich mit ihren eigenen Republikverfassungen gegen übermässig reformerische Winde (etwa via Privateigentum an Boden) abzugrenzen. Leider wird man sich wohl damit abfinden müssen, dass die reale Umsetzung der föderalistischen Ideen längst nicht überall zur Beschleunigung der marktwirtschaftlichen und demokratischen Reformen beitragen wird.

Absicherungen gegen Moskau

Dies alles stimmt, doch gibt es auch noch eine Kehrseite. Es ist ja auch nicht auszuschliessen, dass eine Gefahr für die Reformen sogar vom «Zentrum» selber ausgehen könnte. Wer weiss, wen es morgen auf den russischen Olymp vorschlägt. Das Vorhandensein starker, wirtschaftlich autonomer Regionen aber könnte, abgesehen von allem andern, der ganzen Staatsmaschinerie des neuen Russland auch eine vielleicht langsamere, manchenorts unausgewogene, dafür aber viel stabilere und dauerhaftere Vorwärtsentwicklung garantieren.

Und dennoch: Wird die zielstrebige Föderalisierung Russlands nicht jene Grenze überschreiten, hinter der eines schönen Augenblicks plötzlich auch Russland selbst als Einheitsstaat verschwunden ist? Denn einiges von dem, was besonders entschiedene Verfechter der Republikssouveränität schon heute vorschlagen — Verzicht auf Bundessteuern, auf ein einheitliches System von Gerichtsverfahren und Staatsanwaltschaft, das Recht der Republiken auf eigene Streitkräfte unter dem Namen von «Nationalgarden» —, wäre ja dazu ange-

Wenn sogar die USA mit ihrer verhältnismässig kurzen Geschichte zu den 50 «gewöhnlichen» Staaten ein «frei assoziiertes» Puerto Rico aufnehmen könnten, dann um so mehr Russland.

Das Vorhandensein starker, wirtschaftlich autonomer Regionen könnte der Staatsmaschinerie des neuen Russland auch eine stabilere und dauerhaftere Vorwärtsentwicklung garantieren.

Die Freiheitsbewegung, die das Sowjetreich zum Einsturz brachte, zielte auf Freiheit nicht so sehr vom russischen als vom kommunistischen Moskau.

tan, jede Art von Staat zu zerfetzen. So hat Tuwa «für alle Fälle» bereits vorsorglich das Recht auf Ausscheiden aus Russland in seine Verfassung aufgenommen — wozu denn das?

Nun ist es freilich zweierlei, ob man irgendwelche Rechte bloss verkündet oder ob man sich entschliesst, sie auch wahrzunehmen. Zugegeben, heute (und man möchte hoffen, auch morgen) gibt es in Moskau keine solchen Machthaber, die eine aus Russland «ausgeschiedene» Region mit Gewalt «zurückzukehren» zwängen. Aber es gibt jetzt und in absehbarer Zukunft auch keine solchen Kräfte, die irgendwen aus dem heutigen Russland «herauszulösen» vermöchten.

Was muss jetzt in diesem nicht allzu glücklichen und wohlgeordneten Land noch geschehen, damit das Leben gefährlicher wird als in Georgien und Aserbaidschan mit ihren blutigen Konflikten, stickiger als in Usbekistan und Turkmenien, die wieder in den Schoss der wachsenden Sicherheitsorgane zurückgekehrt sind, oder schlicht teurer als in der Ukraine oder in Litauen und, scheint's, auch schon in Belarus (Weissrussland) mit ihrer Energie-Hungersnot? Hat man etwa aus den Lehren Tschetscheniens nichts gelernt?

Primär Loslösung vom Kommunismus

Wenn ins Feld geführt wird, die Freiheit sei wertvoller als ein Leben in Wohlfahrt, und wenn man diesen an sich prächtigen Gedanken mit Hinweisen auf das Zusammenbrechen der Sowjetunion illustriert, bleibt da ein Umstand ausser acht. Die Freiheitsbewegung, die das Sowjetreich zum Einsturz brachte, zielte auf Freiheit nicht so sehr vom russischen Moskau als vielmehr vom kommunistischen Moskau. Der Kommunismus war der Rückhalt, die tragende Grundlage jenes Imperiums, und ihm galt auch der Schlag, der sich als tödlich für das Reich erwies.

Jelzins «Auf-dem-Panzer-Stehen» war das folgerichtige Finale ungezählter Fälle, da Demokraten aller Sprachen und Völker der UdSSR «standen» und «einstanden», in erster Linie für die gemeinsame demokratische Freiheit und erst in zweiter Linie auch für ihre eigene, nationale. Was kann man heute in den inner-russischen Händeln und Diskussionen Vergleichbares erkennen?

Alle, die noch um die Einheitlichkeit der Russischen Föderation bangen, mögen beruhigt sein: Das Los der Sowjetunion droht ihr nicht. Jedenfalls solange im Krenn nicht erneut die Kommunisten sitzen. Oder die «Grossmacht-Patrioten». Was heute übrigens ein und dasselbe ist.

(Übersetzung: Hanni Tarsis-Dormann)